

Umweltschützer: Aurubis plus Trianel, das geht gar nicht

Erörterungstermin zum Kraftwerk

RN 12.12.12.
LÜNEN. Am zweiten Tag des Erörterungstermins zum Trianel-Kraftwerk rückte gestern plötzlich ein anderes Unternehmen in den Blickpunkt – Aurubis. Für die Umweltschützer steht fest: Entweder wird Trianel nicht genehmigt oder die Genehmigung für die bereits vollzogene Erweiterung des Aurubis-Werkes muss widerrufen werden.

Diese Logik leiten sie aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) ab. Es hatte die Genehmigung für Trianel aufgehoben mit der Begründung, die FFH-Verträglichkeit (Fauna, Flora, Habitat) des Trianel-Kraftwerks sei, in Summe betrachtet mit den Kraftwerksprojekten Herne V und Datteln 4, nicht nachgewiesen.

Da aber Aurubis seine Werkserweiterung erst nach Steag (Herne V), Eon (Datteln 4) und Trianel (Lünen) beantragt habe und sich daher die Belastungen aus den Kraftwerken zurechnen lassen müsse, „hätten sie die Genehmigung für Aurubis nie erteilen dürfen“, erklärte Eckhard Kneisel (Grüne) gestern im Hansesaal an die Adresse der Bezirksregierung.

Versammlungsleiter Roland Niestroj (Bezirksregierung) sprach von einem Erkenntnisgewinn – durch das OVG-Urteil – erst nach der Entscheidung in Sachen Aurubis. Da niemand gegen die Genehmigung für Aurubis geklagt hatte, wurde sie rechtskräftig.

Genehmigung widerrufen

„Seien Sie konsequent und widerrufen Sie die Genehmigung für Aurubis“, forderte Einwender Thomas Matthée. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) brachte noch eine

weitere Variante ins Spiel. Da das OVG die Trianel-Genehmigung kassiert habe, müsse sich Trianel mit seinem neuen Antrag jetzt quasi hinten anstellen – hinter Steag, Eon und auch Aurubis. Dann aber sei das Trianel-Kraftwerk nicht genehmigungsfähig.

Lippe im Blickpunkt

Das OVG, entgegnete die Bezirksregierung, habe in seinem Urteil allerdings darauf hingewiesen, dass sich an der Priorität selbst dann nichts ändere, wenn zwischenzeitlich eine Genehmigung aufgehoben wird. Die Bezirksregierung gehe daher weiter davon aus, dass Trianel vorrangig vor Aurubis zu behandeln sei.

Dr. Thomas Krämerkämper (BUND) kritisierte die Behörde: „Ihre Aufgabe ist Schutz von Umwelt und Menschen, nicht Genehmigung von Anlagen. Ich verstehe nicht, warum sie Trianel noch positiv begleiten. Nicht alles, was rechtlich hinzubiegen ist, ist der richtige Weg.“ Am Ende des zweiten Erörterungstages ging es um eine weitere zentrale Frage des Genehmigungsverfahrens: Kann die Lippe weitere Belastungen aus dem Kraftwerksbetrieb verkraften? Nein, sagen die Umweltschützer, ja sagt Trianel, unter bestimmten Bedingungen ja, sagt die Bezirksregierung. Heute wird im Hansesaal weiter debattiert. Fie-

Bei uns im Internet:

Der Verlauf von Tag zwei – und heute tickern wir weiter aus dem Hansesaal
www.RuhrNachrichten.de/luenen